

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröbba.

Postkontos: Leipzig 21508.  
Groszkasse Riesa Nr. 52.

Nr. 220.

Dienstag, 21. September 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei monatlicher Postzahlung monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Besondere an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die Nummer des Ausgabestages (7 Zeilen) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; getraubener und tabellarischer Satz 10%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 30% für alle Fälle. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versät, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Bezugs- und Erfüllungsort: Riesa. Verzehnjährige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegervereinigungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: R. Ganger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Kurt Döbel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Deputatgetreide betreffend.

Für den Bezirk des Kommunalverbands Großenhain einschl. der revidierten Städte Großenhain und Riesa wird hiermit folgendes bestimmt:

1. In der nach dem Tarifvertrag an Deputatberechtigte zustehenden Getreide-Deputatmenge ist in jedem Falle die Selbstverformermenge mit enthalten. Die letztere ist demnach nicht besonders zu gewähren.
2. Die Getreide-Deputatmengen bleiben in der gleichen Weise wie die Selbstverformermengen bis zum Verbrauch beschlagnahmt. Es ist nur zulässig, die Deputatmengen im Eigenverbrauch zur Ernährung, zur Verfütterung und als Saatgut zu verwenden. Eine Veräußerung von Deputatgetreide ist, wie bei allen anderen Getreide, nur zulässig an die zum Verkauf zugelassenen Kommissionäre oder, soweit es sich um Gerste und um Hafer handelt, gegen Versicherung nach § 8 der Reichsgetreideordnung.
3. Auf das Deputatgetreide finden die für die Verfütterung erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere auch die Verordnung über das Verfüttern von Brotgetreide, Mehl und Brot vom 28. Mai 1915 — Reichsgesetzblatt Seite 381 — Anwendung, ebenso auch die Vorschriften über die Verwendung von Saatgut.
4. Die Deputatberechtigten (Arbeitgeber) haben der zuständigen Gemeindebehörde anzuzeigen:

- a) bis zum 26. September 1920 unter Vorlegung des Tarifvertrags
  - 1) die Namen und den Wohnort der von ihnen beschäftigten Getreide-Deputatempfänger,
  - 2) die Höhe des Getreide-Deputats auf Grund des Tarifvertrags,
  - b) jeweils bis zum Schlusse eines jeden Kalendermonats
  - alle zu a) im vergangenen Monat eingetretene Veränderungen (Zu- und Abgänge).
- Bei den Anzeigen ist zu unterscheiden zwischen
- a) händigen oder nicht händigen männlichen Arbeitern im Stundenlohn mit eigenem Haushalt,
  - b) händigen oder nicht händigen anderen Arbeitern beiderlei Geschlechts im Stundenlohn.
- Monatslöhner scheiden aus, da sie nach dem Tarifvertrag vom 12. August 1920 freie Station zu erhalten haben und somit zu den Selbstverformern zu rechnen sind. Ständige Arbeiter sind solche, die ihre gesamte Arbeitskraft dem Betrieb zur Verfügung stellen, händige Arbeiterinnen sind solche, die mindestens 200 Tage des Jahres im Betrieb arbeiten.
4. Die Gemeindebehörden des Bezirkes haben über die Getreide-Deputatempfänger eine besondere Liste (Deputantenliste) anzulegen und fortlaufend zu führen. In diese Liste sind alle Veränderungen (Zu- und Abgänge) einzutragen. Die Formulare für die Deputantenlisten gehen den Gemeindebehörden unmittelbar zu.

Die Gemeindebehörden haben der Amtshauptmannschaft zur Vervollständigung der Wirtschaftskarten

- a) bis zum 30. September eine Abschrift der Deputantenlisten einzureichen,
  - b) jeweils zu Beginn jeden Monats die im vorhergehenden Monat eingetretenen Veränderungen in der Deputantenliste anzuzeigen.
5. Für die Verarbeitung des Deputatgetreides gelten fernerhin die für die Verarbeitung von Selbstverformergetreide erlassenen Vorschriften, insbesondere die Bestimmungen des Kommunalverbands, über die Brot- und Mehlverformung der Selbstverformern vom 29. Juli 1920 und über die Verarbeitung von Gerste und Hafer für Selbstverformern vom 23. Juli 1920. Hiervon ist insbesondere die Verarbeitung von Deputatgetreide nur auf Grund von Mahl- und Schrotkarten zulässig.
- Die Deputatempfänger, die die Ausstellung einer Mahl- und Schrotkarte wünschen, haben dies mit einem Vordruck bei der Amtshauptmannschaft zu beantragen. Der Vordruck ist bei den Gemeindebehörden erhältlich und muß ordnungsgemäß ausgefüllt werden.
- Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann auch eine gemeinschaftliche Karte für sämtliche Deputatempfänger eines Wirtschaftsbetriebs ausgestellt werden.
- Wer den vorhergehenden Bestimmungen zuwiderhandelt, insbesondere die nach Ziffer 3 zu erstattenden Anzeigen nicht fristgemäß erstattet, wird nach §§ 80 und 81 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 bestraft.
- Großenhain, am 14. September 1920.
- 1100 a. l. Der Kommunalverband.

## Fleischversorgung in der Woche vom 19. bis 25. September 1920.

Zur Verteilung gelangen in der laufenden Woche an:

- Personen über 6 Jahre bis 225 gr Corned beef oder Frischfleisch;
- Personen unter 6 Jahre bis 112 gr Corned beef oder Frischfleisch.

Ein Anspruch auf eine bestimmte Fleischsorte besteht nicht.

Großenhain, am 20. September 1920.

941 v. Die Amtshauptmannschaft.

## Bekanntmachung.

Unter dem Viehbestand des Gutbesizers Friedrich Kerschmar, hier, Meißner Straße 8, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Auf die bereits ergangenen Bekanntmachungen wegen des Ausbruchs der Seuche wird hingewiesen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 20. September 1920. Abch.

## Derliches und Sächsisches.

Riesa, den 21. September 1920.

Die Artillerie verläßt Riesa. Die Stadt Riesa kann in diesem Jahre auf eine fast 60jährige Garnisongeschichte zurückblicken. Eine Schwadron des 1. Reiter-Regiments „Kronprinz Albert“ und 2 Eskadrons des Ulanen-Regiments Nr. 17 hatten vor 1866 bzw. vor 1870, Truppen des Feldartillerie-Regiments Nr. 12 und restende Artillerie von Anfang der 80er Jahre ab, letztere bis 1. April 1895 ihren Standort in Riesa. Das 3. Feldartillerie-Regiment Nr. 32 garnisonierte seit 1892, das 6. Feldartillerie-Regiment Nr. 63 seit 1900 und das Pionerbataillon seit 1899 in Riesa. Die Artillerie wird nun im Laufe dieser Woche den Garnisonort Riesa verlassen, auch das Pionerbataillon wird, wie man hört, Ende dieses Jahres verlegt werden. Fast 40 Jahre lang hat Riesa der Artillerie als Garnison gedient. Der uns ausprägungsvolle Friedensvertrag ist die Veranlassung, daß auch Riesa, als eine der größten Garnison-Provinzhäute, sein Militär verliert. Dies bedeutet für die Stadt Riesa, insbesondere für die hiesigen Gewerbetreibenden einen schweren Verlust, hat doch auch die Stadt ihr Aufblühen sehr viel ihrer Garnison zu verdanken. Möge die Zeit von uns scheidende Artillerie die Bekämpfung von hier mitnehmen, daß wir „unser Artillerie“ im guten Andenken behalten werden.

Dazu wird uns ferner noch mitgeteilt: Die 1. Abteilung des Reichswehr-Artillerie-Regiments 19, die bisher in Riesa ihr Standquartier hatte, hat heute die Stadt verlassen. Die Batterien werden in Dresden mit dortigen Truppen für das 100.000-Heer verschmolzen. Die Artilleriekompanie wird in nächster Zeit durch die hier stationierte Abteilung der Bundesfeuerwehrpolizei ersetzt. In der Stadt verbleibt vorläufig noch die Fahrbatterie 12, die in der Kaserne am Friedhof liegt und das Pion.-Batt. 12, das im Laufe dieser Woche von Dresden hierher verlegt wird, und mit den Resten des bereits aufgelösten Pionier-Batt. 19 zu dem sächsischen Reichswehr-Pionier-Bataillon Nr. 12 verschmolzen wird. Letzteres wird in der Kaserne an der Archibachstraße untergebracht.

Aus Anlaß der Auflösung der Reichsbrigade 19, die am 25. September erfolgt, hat Generalmajor Senft v. Willich einen Brigadebefehl erlassen, in dem er Abschied von der Truppe nimmt und darauf hinweist, daß diese in 1 1/2-jährigem Bestehen ihr Bestes überall geleistet habe, wo es galt, Recht und Gesetz zu schützen und das Vaterland vor dem völligen Umsturz zu bewahren. Die schweren Tage namentlich in Chemnitz und in Leipzig, ebenso auch in Hamburg und im Ruhrrevier zeugten von der aufopfernden Treue der Truppe.

Eltersversammlung. Wie werden gehalten, nachdem auf die Elternversammlung hinzuweisen, die heute abend 7/8 Uhr im Elternsaal stattfand. Dabei wird Herr Direktor Dantwirth den Vortrag halten, durch den die Eltern bei ihrer Stellungnahme zum Religionsunterricht beraten werden sollen.

Arbeitslosenkonferenz in Leipzig. In Leipzig trat gestern eine Arbeitslosenkonferenz für Sachsen und Großhändler zusammen. Die sächsische Regierung hat es abgelehnt, sich auf der Konferenz vertreten zu lassen. Dr. Dautert, Gotha, sprach über die wirtschaftliche und politische Lage und die Arbeitslosen. Der Redner beurteilte die Lage vom kommunistischen Standpunkt aus. Er wendete sich gegen die Bergnützungssucht und den Leichtsinns mancher Arbeiter, gegen den Kapitalismus und die Kreditverhältnisse. Eine Entschärfung fordert die Arbeiter auf, sich zur Tat aufzurufen und die Kontrolle über die Produktion und die politische Macht zu erringen. Ferner

verlangt die Entschärfung, überall für die Wahl der politischen Arbeitervereine einzutreten. Die Entschärfung wurde mit 88 gegen 50 Stimmen angenommen. Durch die Konferenz kennzeichnete die trostlose Lage der Erwerbslosen. Es folgten noch Berichte aus den Bezirken Dresden, Leipzig und Großhändler. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt. An der Konferenz nehmen 158 stimmberechtigte Delegierte teil.

Ermitteilt und festgenommen wurden von der hiesigen Kriminalpolizei am 20. d. M. zwei weitere Mannespersonen, die ebenfalls des schweren Diebstahls und der Hehlerei beschuldigt sind.

Ein gefährlicher Betrugschwindler hand in der Provinz des 30. Jahre alten, zuletzt in Mühlhagen wohnhaften Vaters Mag Richard Möbius vor der fünften Strafkammer des Dresdner Landgerichts. In der Zeit vom August vergangenen, bis Anfang Juni dieses Jahres trieb er in mehreren Fällen in Dresden, Riesa und Gröbba Verhältnisse an, verlobte sich auch einmal und benutzte dann die erzielten Verbindungen, um von seinen Bräuten Geldbeträge, Kleidungsstücke und andere Sachen in die Hände zu bekommen. Die Opfer, die sich in dem Glauben befanden, sie machen eine gute Partie, wurden in den einzelnen Fällen zwischen 800 bis 5000 Mark geschädigt. Weiter stahl Möbius einem Dienstmädchen 52 Mark aus der Manteltasche und betrog ferner eine Kleiderverleiherin in Riesa um zwei Kleidungsstücke, die er sofort für 25 Mark verkaufte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Diebstahls und Betrugs im Rückfalle zu zwei Jahren Gefängnis und dreijährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Die Ehrv. v. Weid. Stiftung des 1. Bat. Rel.-Inf.-Reg. 102 fordert die ehemaligen Angehörigen des 1. Bat. Rel.-Inf.-Reg. 102 aus dem Unteroffiziers- und Mannschaftsstande, sofern sie infolge des Krieges dauernd oder zeitweilig arbeitsunfähig geworden sind, auf sich mit einem kurzen Besuch bis zum 1. Oktober jeden Jahres zwecks Bewerbung einer Unterstützung aus der Stiftung zu wenden. Diese Gesuche sind an den V.-Feldw. d. L. Georg Herke in Großenhain zu adressieren. Nach dem 1. Oktober jeden Jahres eingehende Gesuche können für das laufende Jahr nicht berücksichtigt werden. Etwasige Einzahlungen für die Stiftung werden auf das Konto „Stiftung des 1. Bat. Rel.-Inf.-Reg. 102“ bei der Landständischen Bank des sächsischen Markgrafentums Oberlausitz, Filiale Dresden, oder an ein Kommissionsmitglied erbeten.

Der Stand der Maul- und Klauenseuche wurde in Sachsen am 15. September in 901 Gemeinden und 3155 Gehöften amtlich festgestellt. Der Stand am 31. August 1920 war 615 Gemeinden und 1825 Gehöfte.

Deutscher Beamtenbund. Der Wirtschaftsausschuß der Landesgruppe Sachsen veranstaltet nächsten Donnerstag, den 23. September, abends 7 Uhr im Prüfungsaal der Bürgerschule in Großenhain für die Ortsgruppen Coswig, Großenhain, Riesa und Weidobühl einen Vortragabend. Das Mitglied, Herr Stubenrat Hoffmann, Dresden, spricht über „Das Wirtschaftsprogramm der organisierten Beamtenschaft Sachsens“. Alle öffentlichen Beamten, Lehrer und Geistlichen werden auf diesen Vortrag hingewiesen. Der Redner legt großen Wert auf einen zahlreichem Besuch des Abends am letzten der Ehefrauen und erwachsenen Töchter aller Mitglieder, da auch für sie der Vortrag viel Interessantes bieten wird.

Auch der Wendenführer Barth auf freiem Fuße. Nüher Pöls befindet sich auch der bekannte Wendenführer Ernst Barth, der wegen hochverrätherischer Untertriebe in der Lausitz zu einer längeren Freiheitsstrafe ver-

urteilt wurde, wieder auf freiem Fuße. Die wendische Zeitung „Serbät Rowing“ erklärt in einem Artikel, der die schärfsten Angriffe gegen die Regierung enthält, im Namen des wendischen Volkes, daß dies es auch weiterhin in Treue an Barth festhalten wird alles an die Erreichung der politischen und kulturellen Ziele der Wenden setzen werde.

Zu der besonderen Fürsorge für langjährig Erwerbslose wird vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt: In den beteiligten Kreisen wird vielfach die Auffassung vertreten, jedem Erwerbslosen habe unter bestimmten Voraussetzungen ein Anspruch auf etwa 400 Mark aus den Mitteln zu, die vom Reich den Ländern und den Gemeinden zu einer besonderen Fürsorge für die langfristige Erwerbslosen bereitgestellt worden sind. Diese Auffassung ist nicht zutreffend. Sie geht von Mitteln aus, die der Reichsarbeitsminister im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages gemacht hat und die in der Tagespresse nicht richtig wiedergegeben wurden. Der Reichsarbeitsminister hat nur gesagt, daß aus den 50 Millionen Mark, die das Reich bereitstellt, und aus den Mitteln, die die Länder und Gemeinden dazu geben, nach überprüfbarer Rechnung im Durchschnitt auf den Kopf der Erwerbslosen etwa 400 Mark entfallen werden. Die Länder und Gemeinden haben aber, wie schon kürzlich in der Presse herangezogen wurde, nach den Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers weitgehende Freiheit in der Art und Höhe der besonderen Unterstützung, die sie den Erwerbslosen zukommen lassen können, selbstverständlich im Rahmen der Mittel, die dafür zur Verfügung gestellt werden konnten.

Beschleunigte Erhebung der Weisksteuer. Staatssekretär Moesle aus dem Reichsfinanzministerium befindet sich gegenwärtig auf einer Dienstreise, um mit den Präsidenten der Landesfinanzämter bezüglich einer beschleunigten Erhebung der Weisksteuer und besonders des Reichsnotopfers sich zu beraten. Die Weisksteuer, an der die Bezirke der Landesfinanzämter Rassel und Darmstadt beteiligt waren, fand am 15. September in Frankfurt a. M. statt. Gegenstand der Beratung waren der Stand der Vorarbeiten zur Ausführung der Steuererhebung und Maßnahmen für eine beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers. Im Laufe dieser Woche finden Besprechungen gleicher Art in Bayern, Thüringen und Sachsen statt. Am Donnerstag, den 23. September wird Staatssekretär Moesle mit den Veranlagungsbehörden der Bezirke Groß-Berlin und Brandenburg dieselben Fragen behandeln.

Dresdner Landgericht. Im Sommer vergangenen Jahres stahl der 23 Jahre alte Arbeiter Richard Paul M. seinem Arbeitgeber, dem Hofschlächter und Pferdehändler Weidhorn in Gröbba, verschiedene Geschirrtel. Die fünfte Strafkammer verurteilte M. zu insgesamt drei Monaten zwei Wochen Gefängnis. Ein Hofschlächter Fischer, der den Verurteilten erst zum Diebstahl angestiftet haben soll, wurde von der Anklage freigesprochen.

Eineträbe Erinnerung. Am letzten Sonntag fährte sich zum 25. Male der Tag des schweren Eisenbahnunglücks auf der Strecke Dresden—Chemnitz. Kurz vor Döberitz fuhr auf starkem Gefälle ein Militärzug, der das 1. Bataillon der in Widaun garnisonierenden 133er aus dem Wälder herbeiführte, auf einen haltenden Güterzug. Man barg 10 Tote, 13 Schwerverletzte und 34 Leichtverwundete aus den Trümmern. Das Unglück war die Folge einer verbrecherischen Handlungsweise des Bahnwärters Wolf, der gewalttätig, um eher zur Ruhe gehen zu können, eine Manipulation am Blocksignal vorgenommen hatte. Daraufhin wurden auf allen sächsischen Strecken Vorkehrungen getroffen, die solche eigenmächtige Eingriffe von Bahnwärttern völlig ausschalteten. Sie haben sich ausgezeichnet bewährt. Denn in dem letzten Vierteljahr-



hundert hat sich kein Unwetterfall mehr in Sachsen aus gleichem Anlaß ereignet.

**— Eine staatliche Zigarette.** Die verstaatlichte Zigarette hat die sächsische Regierung die Absicht, eine Zigarette in staatlichen Besitz zu übernehmen, um so die Herstellungskosten der Zigarette feststellen zu können. Die Regierung will auf eine Verbilligung der Zigarette hinwirken. Außerdem will die Regierung von der Kammer zur Förderung der Zigarette weitere 750 000 Mark anfordern.

**— Das Landeswahlgesetz und die Landeswahlordnung für den Freistaat Sachsen vom 4. Sept. 1920** sind im 21. Stück vom Jahre 1920 des „Gesetz- und Verordnungsblattes für den Freistaat Sachsen“ veröffentlicht. Danach besteht der Landtag des Freistaats Sachsen aus 96 Abgeordneten, die in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundregeln der Verhältniswahl gewählt werden. Wahlberechtigt sind alle sächsischen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben und in Sachsen wohnen. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der seit mindestens einem Jahre Reichsangehöriger ist. Das Land besteht aus drei Wahlkreisen; es umfassen der erste Wahlkreis die Kreishauptmannschaften Bautzen und Dresden, der zweite Wahlkreis die Kreishauptmannschaften Leipzig, und der dritte Wahlkreis die Kreishauptmannschaften Chemnitz und Zwickau.

**— Hauptversammlung des sächsischen Gemeindebeamtenbundes.** Am Sonnabend, den 18. und Sonntag, den 19. September fand in Zwickau unter dem Vorsitz des Landesverwaltungsinspektors Hüttinger Dresden die Hauptversammlung des sächsischen Gemeindebeamtenbundes statt, an der Vertreter der Regierung, der Volkammer, des Reichsanwaltes, der Zwickauer städtischen Kollegien, verschiedener politischer Parteien und weit über 1000 sächsische Gemeindebeamte teilnahmen. Bundesdirektor Schubert-Dresden erstattete den Geschäftsbericht, wobei er hauptsächlich auf die erfolgreiche Arbeit des Bundes bei der Frage der Gestaltung der Befoldungsreform und des Gemeindebeamtenrechts eingieng. Obersekretär Wähler-Grimm regte den zeitgemäßen Ausbau der Bundeskrankenkasse an. In den Bundesvorstand wurden neu gewählt: Vorsitzender Fruch-Aitau, Obermaschinen-Schreiber-Dresden und Feuerwehmann Körner-Chemnitz.

**— Der Landesverband sächsischer Feuerwehren** hielt an Stelle des alle drei Jahre abzuhaltenden sächsischen Feuerwehrtages vom 16. bis 18. September in Chemnitz eine Abordnungsversammlung ab. In dem Tätigkeitsbericht, der sich von 1915 bis zur Gegenwart erstreckt, heißt es, daß es als bedauerlich zu bezeichnen sei, daß die Berufsfeuerwehren der fünf größten sächsischen Städte aus dem Verbände ausgestiegen seien, um sich in Leipzig zu einem Berufsfeuerwehr-Verbande zusammenzuschließen. Daß von der Regierung Sachsen die Verleihung des Feuerwehr-Ehrenzeichens für 25- bzw. 40jährige freiwillige Feuerwehrtätigkeit abgelehnt worden sei, müsse sehr bedauert werden; alle Bemühungen auf Wiederherführung seien bisher vergeblich geblieben. Dem Tätigkeitsbericht war u. a. zu entnehmen, daß im Jahre 1919 die Einnahmen 18 835 Mark, die Ausgaben 13 885 Mark betragen haben. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Schlusse des Berichtsjahres 53 218 Mark. Ein Antrag, die Verbandsteuer auf 50 Pfennig zu erhöhen, fand einstimmige Annahme. Ein Antrag des Bezirksverbandes Pirna, Dipoldiswalde und Frauenstein beauftragte den Landesverband, bei der Regierung dahin zu wirken, daß den Feuerwehrleuten, die länger als 30 Jahre freiwilligen Feuerwehrdienst geleistet haben, eine Rente aus Staatsmitteln gewährt werde. Auch diesem Antrage wurde zugestimmt. Ein weiterer Antrag verlangte von dem Ausschusse, von der Regierung die Wiedererleihung des Ehrenzeichens zu fordern. In Verfolg dieses Antrages beschloß die Versammlung, ein entsprechendes Telegramm der Regierung zu übermitteln.

**— Ein Gesundheitschein für Schulkinder.** Der gesundheitliche Zustand der Schüler in den Volksschulen vieler sächsischer Gemeinden ist nach ärztlichem Ausspruch bekanntlich sehr wenig befriedigend. Wiederholt mußten die Ärzte feststellen, daß die Zahl der Krankheitsfälle der Kinder der unteren Klassen überwiegt. In industriellen Gegenden liegen die Dinge besonders schlimm. Der Schulvorstand ist der industriereichsten Gemeinde des Plauenischen Grundes Döhlen plant daher die Einführung eines Gesundheitscheines für alle Schulkinder. Der Vorstand ließ sich von dortigen Schularzt ein Referat erstatten und beschloß endgültig, den Plan zu verwirklichen. Dadurch soll den Lehrern eine bessere Orientierung beim Massenmessel gegeben werden, die durch das bisher geführte Gesundheitsbuch nicht gewährleistet wurde. Die Untersuchungsgebühr für jedes Kind beträgt nur 2 Mark; hiervon trägt 60 Pf. Beiträge der Bezirk. — Dieses Vorbild verdient allgemeine Nachahmung.

**— Dresden.** Der Räder Geißler bleibt in seinen wiederholten Verneinungen bei der Behauptung, daß sein Opfer Bass im Verlauf einer allerdings ernsthaften Fälscheri die schweren Verletzungen erlitten habe. Das geheimnisvolle Opfer, das er nach der Tat in einen Leich geworden haben will, ist noch nicht aufgefunden worden. Die Aussagen erscheinen wenig glaubhaft.

### Ein niederdeutscher Klassiker.

Zu John Brindmans 60. Geburtstag, 20. September. Die großartigen Schätze der niederdeutschen Literatur sind weiten Kreisen des mittel- und oberdeutschen Publikums noch viel zu wenig bekannt. Und doch hat uns dies Schrifttum nicht nur im „Weltland“ das großartigste Werk des altdeutschen Dichtens, in Eike von Reggows „Sachsenspiegel“ u. in Hermann Botes Geschichtswort wunderbare Darstellungen mittelalterlichen Lebens, im Reineke Vos und Eulenspiegel weit internationale Taten von der Bekanntheit des Faust geschaffen, sondern diese Literatur bezieht auch ihre klassische Blütezeit und eine hohe Entwicklung in der Gegenwart. Die erste wissenschaftliche Darstellung dieses wichtigen Gebietes unserer Dichtung hat Prof. Wolfgang Stammler (eben in Rahmen der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ im Verlag von W. G. Deubner zu Leipzig gegeben, und der kühne Versuch ist in seiner feinsten, tiefstehenden Schilderung vorzüglich gelungen. Wie hier aus genauer Kenntnis niederdeutschen Lebens und niederdeutschen Dichtens die eine „Umwertung der Werte“ erfolgt, so fällt auch auf die Beurteilung der eigentlichen „niederdeutschen Klassiker“ Klaus Groth, Fritz Reuter und John Brindman neues Licht. Während Groth als eine mehr epische und nur noch geschichtlich bedeutsame Erscheinung in den Hintergrund gerückt wird, tritt neben die geniale Kunst Reuters das Werk John Brindmans, das durch den Erfolg des berühmten Landmannes so lange verdunkelt wurde. Die schöne Würdigung Brindmans durch den Geschichtsforscher der niederdeutschen Literatur verdient gerade in diesen Tagen besondere Beachtung, da die 60. Wiederkehr seines Todesjahres unser Volk mahnt, sich eines großen, bisher viel zu wenig beachteten Dichters zu erinnern.

Brindman gehört zu den Menschen, die ihr Leben lang im Schatten stehen. Während Reuter seinen Ruhm fand, ist ihm die Anerkennung seines Schaffens stets verweigert geblieben. Aus einer alten Hofsänger-Familie kommend, ist er zuerst Kaufmann geworden, war mehrere Jahre Sekretär der brasilianischen Konsolidität, vertrat aber das Klima nicht und kehrte nach der Heimat zurück, wo er sich sieben Jahre als Privatlehrer herumblühen mußte. Als er dann schließlich Unterhalt als Lehrer

**— Dresden.** Nur mit großen Bedenken ist die Dresdener Bogenstreichergesellschaft an die Veranstaltung der ersten Vogelweise nach dem Weltkrieg herangetreten, zumal, da Polizeipräsident Dr. Grille ganz dagegen war. Die Polizei forderte für den polizeilichen Schutz der Vogelweise etwa 30 000 Mark. Das Ministerium des Innern aber hielt, wie der Teutonia-Sachverständigenrat, die im Jahre 1918 bezahlte Summe für ausreichend. Dadurch wurde die Abhaltung überhaupt erst möglich. Der Voranschlag der Bogenstreicher betrug: 180 000 Mark Ausgaben und 110 000 Mark Einnahmen. Tatsächlich aber wurde sogar ein Ueberschuß erzielt. Insgesamt 800 „Heine-Aussteller“ waren dieses Jahr erschienen, das sind 200 mehr als auf der letzten Vogelweise. Fast alle haben ein gutes Geschäft gemacht. Nur ganz wenige Klagen wurden vorgebracht. Die Zimmerleute und Hilfsarbeiter, die 1914 einen Stundenlohn von 60 bis 70 Pf. (nach dem Streit: von 1 Mark) erhielten, belamen diesmal 7 Mark die Stunde. Unfreiwillig ist die Vogelweise ohne die bestärktesten Anreize oder Konflikte verlaufen; die Ordnung wurde nie gestört, ein Reichen dafür, daß die Vogelweise ein Volksfest in gutem Sinne ist. Dem finanziellen Erfolg ist die erstmalige Abhaltung der Vogelweise vor den großen Ferien günstig gewesen. Auch in Zukunft soll das Fest stets in der ersten Juliwoche veranstaltet werden.

**— Dresden.** In der Nacht zum Sonnabend, wenige Minuten vor dem Einschlafen des Reichsbüchlers August 11.50, kommt plötzlich eine Bewegung in das Publikum, man sieht durch das Dunkel, wie ein lebendes Wesen die Bahnstrecke hin und zurück läuft und über die Schienen wegschleift. Bald erkennt man einen ausgewachsenen Hasen, auf den nun das Bahnpersonal eilig Jagd machte. Das währte einige Minuten. Das geübte Tier verhielt sich, durch den einströmenden Reichsbüchler Schwellen aufgeschreckt, zweimal nach der Ruppelballe durchzubrechen, wurde aber gestillt und rannte zurück, trotz unter den Wagen weg und schließlich in entgegengesetzter Richtung im Dunkel der Nacht.

**— Scharbau.** Hier sind mehrere Verhaftungen wegen Schiebererei erfolgt. Den Beteiligten gegenüber wird u. a. auch der Vertrieb falscher sächsischer Kronennoten zur Sprache gebracht.

**— Bautzen.** In der letzten Bezirksauskunft teilte Regierungssamtmann Lufel mit, daß ein Vertreter der Zentralgenossenschaft in Dresden erklärt habe, in kurzer Zeit würde die Anagnostische Kartoffelwirtschaft wieder eingeführt werden. In Scharbau sollten schon jetzt die Kartoffeln 30 Pf. der Zentner, Brennerstein bezahlen aber 60 bis 80 Pf. Es wurde beschlossen, die Landwirte aufzufordern, schon jetzt an die Verbraucher zu liefern. Der etwaige durch Vertragsbruch entstehende Schaden soll vom Bezirk getragen werden. Auch wurde erklärt, daß die Kartoffeln nicht mehr kosten sollen als 25 Pf. der Zentner.

**— Bautzen.** Wegen der bevorstehenden Erntearbeiten stellte ein Landwirt in Wobitz einen in den mittleren Jahren lebenden Mann ein. Dieser Unbekannte wußte seinen Dienstherrn hinaufzulenken, die Papiere zu prüfen. In einer der letzten Nächte ist der Unbekannte aus dem Gute verschwunden. Er hat vor seinem heimlichen Weggehen ein Pferd, einwärtsbrauner brauner Wallach, angelehrt und vor einen Antschwagen gekannt, nachdem er vorher erst vier Sacke Getreide, vier Decken, einen Ruffenmantel und zwei Ledertreibriemen darauf verladen hatte. Mit der gesamten Ladung ist der Unbekannte davongefahren. Pferd und Wagen und die übrige Diebstahlsbeute haben einen Gesamtwert von fast 20 000 Pf. Die Ermittlungen haben ergeben, daß unweilbar als Spähprobe ein ehemaliger Oberwachmeister der Landesfeuerwehrpolizei in Frage kommt. Die Verhaftung, hatte der Dieb erst vor einiger Zeit eine angelehnte Wöchnerin Bürgerstöcker schwer gestrichelt und um einen größeren Geldbetrag geprügelt.

**— Zwickau.** Die Ruffen des heiligen Kriegesgefangenenlaagers sind in einen Hungerstreik eingetreten. Sie verlangen den Rücktransport des Anstaltschloß, der wegen des Verdachts, ein bolschewistischer Agitator zu sein, nach Bautzen gebracht wurde, und hiesige Kriegsgefangenenlager.

**— Schwarzenberg.** In einer Fabrik kam man unterhalb von Höhe von 100 000 Mark auf die Spur, die eine Buchhalterin sich hat zu schulden kommen lassen. Das unterliegende Geld wollte das Mädchen zur Beschaffung ihrer Aussteuer verwenden, wozu sie es bei einer Bank eingezahlt hatte, wo es beschlagnahmt werden konnte.

**— Annaberg.** Mißbrauch mit Hypothek treibt in Eutritzsch ein Unbekannter, der einen 17-jährigen Einwohner mehrmals auf seinem Wege zur Arbeitsstätte nach Schlettau in Traumschlaf verlegt hat, in welchem dieser öfterer unwillkürliche Handlungen vollbrachte. Seine Angehörigen haben nun alle seine Schritte bewacht. In einer der letzten Nächte stand er plötzlich vom Schlafe auf und wollte zum Fenster hinaus. Sein Vater und noch zwei andere Männer waren nötig, dies zu verhindern, und ihn gefesselt ins Bett zurückzubringen, da er übermenschliche Kräfte entwickelte. Nachdem der Anfall vorbei war, konnte sich der junge Mann an nichts mehr erinnern.

**— Döhlen.** Hier gelang die Festnahme eines Mädchenhändlers. Der Verhaftete ist ein arbeitsloser

Schulmeister. Er hatte sich als Lehrling ausgegeben, erwarbte sich aber bei seiner Festnahme als Mädchenhändler. In seiner Begleitung befand sich eine Kellnerin aus Böhmen, die er einem Agenten in Schwarzenberg zuführen wollte.

**— Falkenstein.** Im benachbarten Reudorf wurden durch den Schüler Günther zwei Häuser angezündet, die vollständig niederbrannten. Der Brandstifter wurde verhaftet.

**— Glauchau.** Der Rat unserer Stadt hat beschlossen, daß hinsichtlich der Michaeliserferien seine Kenderung in den höchsten Schulen vorgenommen werden soll. Die Ferien nehmen also in unserer Stadt am 20. September ihren Anfang und endigen am 2. Oktober.

**— Altenburg.** Der ehemalige Herzog von Altenburg, dessen Ehe Anfang des Jahres gescheitert worden ist, wird sich, wie aus Waltershausen mitgeteilt wird, demnächst wieder verheiraten. Die Braut ist die Tochter eines Drechslermeisters in Waltershausen. Sie war früher Schauspielerin im Altenburger Hoftheater.

**— Rumburg.** Der Finanzwachmeister Johann Weidlich ist am Sonnabend, wahrscheinlich bei einer Schießerei mit einem Wäcker durch einen Schuß in den Kopf so schwer verletzt worden, daß er am Montag der Verwundung erliegen ist. Der Verfall hat sich bei Oberweinerdorf abgespielt. Die Untersuchung ist im Gange.

### Die Zukunft der sächsischen Kirchengemeinden.

(Zu den bevorstehenden Beratungen der Landesynode.)

Von Dr. Stange-Leipzig, Mitglied d. sächs. Landesynode. Am 20. September trat in Dresden die Beratungskonferenz der sächs. Landesynode zusammen, um unter dem Vorsitz von Staatsminister a. D. Dr. Schröder den Entwurf einer neuen Kirchengemeindeordnung, der die im Oktober zusammenzutretende Landesynode beschäftigen soll, durchzuarbeiten. Da der Entwurf bereits seit mehreren Monaten veröffentlicht ist, haben sich weitestgehend die sächs. Landeskirchen in Wort und Schrift schon sehr lebhaft dazu geäußert. Sowohl das Leipziger Kirchenblatt als auch die beiden sächs. Kirchenblätter haben eine Reihe von kritischen Aufsätzen aus verschiedenen Kreisen dazu gebracht und sindgeboten kritischer Rückversicherung in allen Teilen des Landes nehmen zu dem Entwurf Stellung. So findet der 16-gliedrige Verfassungsausschuß ein sehr reichhaltiges Material für seine Arbeit vor, das sich z. T. bis in die Einzelheiten der Aufgabe vertieft. Vor allem sind es die Fragen der Einrichtung einer erweiterten Kirchengemeindevertretung neben dem Kirchenvorstand, der Schluß der Kinderheilen (beim Entwurf eine besondere geistliche Versorgung ermöglichen soll), und Fragen des geistlichen Amtes, auf die sich die Aufmerksamkeit und die Kritik bisher gerichtet hat.

Entscheidend für den künftigen Aufbau der sächs. Kirchengemeinden wird die Erkenntnis sein müssen, daß der gegenwärtige Neubau des sächs. Weiens zusammenschließt mit einer grundsätzlichen Wandlung in der Stellung unserer Kirchengemeinden im Volkstempel der überbaut. Vor allem durch die Trennung von Staat und Kirche, aber auch durch Begleiterscheinungen wie die Beendigung der religiösen Kindererziehung in der Schule, die Austrittsbewegung u. a. hat der kirchliche Organismus eine Reihe der äußeren Sicherungen verloren, die ihm trotz aller Anleihen bisher ein verhältnismäßig ruhiges Dasein gewährleisteten. Nicht mehr wie bisher wird sich die Kirchengemeinde damit begnügen können, vor allem sich selbst zu erhalten und den ihr natürlicherweise zukommenden Nachwuchs zu ziehen. Im Zukunft wird sie ihr Dasein nicht nur dann erhalten können, wenn sie eine wirkende, missionarische, tätige Organisation wird. Aus der Form einer bloßen Gesinnungsgemeinschaft muß sie sich in die einer Arbeitsgemeinschaft aufwecken. Nur wenn das innerhalb der Kirche ererbte Christentum wieder wie in urchristlichen Zeiten den Charakter einer Bewegung annimmt, wird es seine Bedeutung innerhalb des Volkstempels erhalten können. Aufgabe dabei haben sich bereits seit Jahrzehnten z. T. auch in der Form freier Vereinsarbeit innerhalb der Kirche entwickelt. Der gegenwärtige Augenblick drängt auf eine neue grundsätzliche Erziehung der Aufgabe hin.

In dem vorliegenden Entwurf der Kirchengemeindeordnung finden sich wertvolle Ansätze, die nach der strengsten Prüfung weissen. So ist vor allem die starke Verankerung des Laien in tätiger Mitarbeit innerhalb der Kirchengemeinde lebhaft zu begrüßen. Es wird sich nicht umgehen lassen, auch die Organisation der Gemeinde künftig mehr als bisher auf ihre wirklich tätigen Glieder aufzubauen. So wenig sich durch Organisationen neues Leben lassen läßt — und das ist in der gegenwärtigen Lebenslage häufig genug betont worden —, so wichtig ist es doch, die Kirchengemeinde auch organisatorisch klar auf die neue Aufgabe einzustellen, zu der sie die gegenwärtige entscheidungsschwere Stunde ruft.

### Kunst und Wissenschaft.

**— Ausstellung „Garten und Wald“.** In Anwesenheit von Vertretern der sächsischen Regierung, des Rates und zahlreicher Ehrengäste wurde Sonnabend mittig im „Palmen-garten“ in Leipzig die Ausstellung „Garten und Wald“ eröffnet.

Klaus Rilich wird demnächst, wie wir dem „S. K.“ entnehmen, das Publikum seiner 25-jährigen Tätigkeit als Dirigent der Leipziger Gewandhauskonzerte begeben. Rilich kam aus Wien nach Leipzig und war zunächst als Korrepetitor und Kapellmeister an der Leipziger Oper und Operette tätig. Nach einem mehrjährigen Aufenthalt in Ungarn, Amerika und England kehrte er 1895 nach Leipzig zurück, um sein Amt als Dirigent des Gewandhauses anzutreten. Während sein Vorgänger, Karl Reineck, nur die streng klassische Musikrichtung zu Worte kommen ließ, nahm Rilich die modernen Kompositionen aller Nationen in das Programm auf. Rilichs Kunst als Dirigent ist weitbekannt, an Ehrungen wird es dem Meister an seinem Jubiläumstage nicht fehlen. Die Ehrenbedrohung des deutschen Schriftstellers. Minister Gornisch empfing Sonnabend vormittig Abordnungen des Schachverbandes deutscher Schriftsteller und des Verbandes deutscher Erzähler. Die Erklärungen betrafen von der zunehmenden Ehrenbedrohung des deutschen Schriftstellers und des Schrifttums. In solchem Zusammenhang wurde auch eine grundsätzliche Änderung des Urheber- und Verlagsrechts erörtert, dahingehend, daß das Urheberrecht über Autoren 30 Jahre nach dem Tode nicht in vollem Umfange der Allgemeinheit und demnach dem Schachverband



# Opun und Walmey.

in Brüssel, 21. September.

Der Völkerverbund hat Opun und Walmey Belgien zugesprochen. Die Entscheidung soll am Sonntag mittags in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben werden. In Opun sind die Bürgermeister anwesend, den Tag durch Glockengeläut und Flaggenschmuck feiern zu lassen.

Der Völkerverbund hat die deutschen Kreise Opun und Walmey Belgien zugesprochen. Jene welche erst zu nehmende Gründe können diese Entscheidung nicht herbeiführen haben. Der Staat Belgien war eine Verlegenheitsgründung, wie es ja auch nicht den Ansprüchen erheben kann, politische und geschichtlich gewachsen zu sein. Geschichtliche Rechte kann Belgien, das als Staat vor 100 Jahren überhaupt noch nicht bestand, nicht gut für die Ansprüche auf Opun und Walmey geltend machen. Aber es wollte Landgewinn für seine Kriegskassen haben, da sich der Verband an die flämischen Gebietsteile Hollands, die Belgien ebenfalls beanspruchte, nicht heranwagte. Immerhin ist es nicht unmöglich, daß Belgien eines Tages die Scheidewege verlassen wird, sobald ihm das unbedingte Recht auf die Rückgabe des Flusses zugesprochen ist. Die Belgier können dann auf die Entscheidung in Sachen des Westflandes verweisen, das Polen zugesprochen wurde, trotzdem die Bevölkerung sich feierlich und ungewöhnlich für Deutschland erklärt hatte. Auch in Opun und Walmey wäre das geschehen, wenn die Bevölkerung ordnungsgemäß befragt worden wäre. Das haben die Belgier aus guten Gründen unterlassen. Sie wußten, daß sie sonst mit dem Stimmentitel aus dem Lande gefegt worden wären. Belgien mag sich des erlittenen Sieges nicht zu früh freuen. Bestrebe noch so etwas wie Völkerecht, so hätte es im schiedsgerichtlichen Verfahren niemals seine Ansprüche durchsetzen können. Die Belgier haben deshalb auch die Verhältnisse des Krieges ausgenutzt, die der Staaten Welt lemporas Wäke machten. Aber was beangene wurde, das ist eine Vergeßung des Rechtes und der Gerechtigkeit, die durch keinen Vertragsbruch veräußert kann. Wenn im Ablauf der Jahre der Völkerverbund tatsächlich zustande kommen sollte, wenn sich das Rechtsbewußtsein der europäischen Völker, insbesondere das der Siegerstaaten, wieder geschärft hat, dann wird Deutschland die ihm entzogenen Kreise Opun und Walmey wieder zurückverlangen. Wir werden sie unabhängig hüten, und die Treue zu halten, wie wir auch ihnen die Treue halten, und ihre Schäden unter der belgischen Zwangsherrschaft aufmerksam verfolgen werden. Das nach Jahr und Tag des Friedensschlusses von Versailles noch solche Entscheidungen möglich sind, setzt, wie tief der Döf sich gegen Deutschland einereisnet hat. Der Vertrag von Versailles enthält zwar die Klausel, daß Deutschland der Schuldige sei. Allein darauf wagen selbst französische Rationalisten reinen Wassers nicht mehr zurückzutreten, da sie fürchten müssen, von europäischen Völkern zugedeckt zu werden. Die Triebkräfte des großen Erdentrieges sind heute ja zum Teil entfällt. Und wenn es nicht die Beugnisse der schon geöffneten Äreie wären, so genügt die Hauptpolitik, die der Verband seit Versailles getrieben hat. Allen Völkern sollte angeht die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet und gegeben werden. Aber die Gebiete, die der Verband angeht von dem Dru und der Gewaltvolltät der ihnen aufgezwungenen Regierungen befreit hat, halten noch immer von Wärm des Krieges wider. Ganz Osteuropa ist ein Kriegsschauplatz. In Kleinasien tobt der Völk- und Vandenkrieg mit allen Schrecken. Dazu stellt sich der Spruch über Opun und Walmey. Willkürlich werden dem deutschen Reich wieder Gebiete entzogen, die ihm unbedinglich zugehören. Es ist also nicht genug an dem Unrecht, das an der Beilegel an Deutschland begangen worden ist. Unsere Verluste ist groß. Von Komet reicht sie über Ost- und Westpreußen nach Opun und Walmey, um in den deutschen Reichsländern einzuweisen zu enden. Wir sagen einwischen, denn der harte Kampf um Oberschlesien muß noch ausgetragen werden. Frankreich setzt alle Hebel in Bewegung, um diesen Kampf zu Ungunsten Deutschlands zu beeinflussen. Die Stimmungsänderung der französischen Presse ist ebenso gefährlich, wie die offene Stellungnahme der französischen Regierung in Oberschlesien für Polen. Sollte das fürchterliche Ereignis werden, daß der Verband auf Grund östlicher Abstimmungsresultate die Kernstädte Oberschlesien dem deutschen Reich nimmt, so müssen wir dagegen ebenso eine feierliche Rechtsverwahrung einlegen, wie wir das heute in Sachen Opun und Walmey tun müssen. Ist der Völkerverbund einmal mehr als ein bloßes Scheinwerk, ist er einmal der Döf des Völkerechts, so öhrt ihm, geschicktes Unrecht wieder zuzumachen. Für offenkundiges Unrecht gibt es keine Verjährung. Wir werden veranlassen, sich der Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund zu widersetzen. Nur liegt die Entscheidung nicht bei diesen Staaten, sondern bei der Gesamtheit der Völk. Und diese haben alle Ursache, auf die Bemerk-

Angung der rechtlich unrichtigen Völkervereinbarung zu drängen, damit nicht ein Staat in der Lage ist, auf Grund willkürlicher Machtübernahme Vorteile auf Kosten des Rechts und der Gerechtigkeit einzubringen.

## Der gegenwärtige Stand der Welt Handelsflotte

wird in „Welt und Meer“ auf Grund der Angaben im Jahresbericht von Königs Register of Shipping erörtert. Danach betrug am 30. Juni 1920 die Zahl der vorhan-

## Neueste Nachrichten und Telegramme vom 21. September 1920.

### Die heutigen Demonstrationen in Berlin.

Berlin. Der geschäftsführende Ausschuss des Reichsverbandes Berlin-Brandenburg der UOB hat, nachdem die Arbeitlosenrate an ihm mit der Aufforderung herangetreten waren, sich an der heutigen Demonstration zu beteiligen, die Beteiligung einstimmig abgelehnt.

Stiftungen von Auslandsdeutschen. Berlin. Welche Stiftungen von Auslandsdeutschen, die sich auf mehrere Hunderttausend Mark belaufen, ermd-

Stellung der Grund- und Gebäudebesitzer in Preußen. Berlin. In den nächsten Wochen wird, wie der „Volksanzeiger“ hört, der Landesverband der Grund-

Polnisch-schlesische Unstimmigkeiten. Teschen. Seit drei Tagen halten die Tschechen alle durch ihr Gebiet nach Polen gehenden Transporte auf.

Der Reichstag der Klaviervirtuosen. Das hohe Ziel, um das so mancher Klaviervirtuose seinen Schwelz verossen und einer sogar, wie kürzlich gemeldet, seinen Verband verloren hat, ist nunmehr erreicht worden.

Das Kreuz im Baum. Eine Naturmerkwürdigkeit, wie sie nur ganz selten angetroffen wird, findet sich, nach „Heber Band und Meer“ (Stuttgart, Deutsche Verlagshandlung), auf dem alten Friedhof in Dord (Württemberg).

Abordnung in London eingetroffen, um wegen einer Verlegung der überwiegend polnischen Bevölkerung zu protestieren. Die kompetente Behörde wird ersucht, die endgültige Grenze so weit wie möglich in Schäften einziehen.

## Zur Abberufung von Coubertin.

Paris. Die internationale Kommission teilt mit, daß General Ferrand nach Paris berufen worden ist und am 18. September die Reise dorthin angetreten hat. (Siehe auch in der Beilage.)

## Die Konferenz in Kalbarria unterbrochen.

Rom. Die Baltische Telegraphen-Agentur teilt mit, daß die litauische und polnische Delegation Kalbarria verlassen haben, da die Polen auf ihrer Forderung, die Litauer sollten sich auf die Hoch-Clemenceau-Linie zurückziehen, bestanden und den litauischen Vorschlag, eine neutrale Zone zwischen beiden Armeen zu erklären, ablehnten.

## Eine Volkshilfe des Bürgermeisters von Cort.

Amsterdam. Die englische Blätter melden, daß der Bürgermeister von Cort am 10. Tage seines und seiner Kameraden Hungerstreiks an die Frau der gesamten Welt eine Volkshilfe gerichtet, in der er erklärt, er könne nicht glauben, daß das englische Volk die Durchführung dieses gefährlichen Streiks zulassen werde.

## Aus Palästina.

Amsterdam. Die „Telegraaf“ aus London meldet, daß der Gouverneur von Palästina Sir Herbert Samuel einen beratenden Ausschuss ernannt, der aus 10 Mitgliedern, Christen, Mohammedanern und Juden besteht.

## Eine internationale Gründung.

Christiania. Die „Aftenposten“ aus Gangesund meldet, wird die Gründung einer großen internationalen Frühlingskompanie mit Aktionären in Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, England, Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland geplant.

## Die Schwelz gekostet die Vieh- und Fleischpreise.

Bern. Der Bundesrat hat die Vieh- und Fleischpreise unter besonderen Vorkehrungen wieder gekostet, um einer weiteren Steigerung der Fleischpreise vorzubeugen.

## Die Schlußfassung des Völkerverbandes.

Paris. Der Völkerverbund hat gestern seine Schlußfassung ab. Er wies die deutschen Proteste wegen der Volksabstimmung in Opun und Walmey zurück und erkannte den Übergang dieser Gebiete an Belgien endgültig an.

## Bermittlung.

Eisenbahnunglück in Baden. In Friedbrunn fuhr nach ein von Mannheim nach Friedrichsdorf fahrender Güterzug auf einen in der Station haltenden Güterzug auf.

## Spott.

Fußball. Auf Sportplatz Marktraher traf sich am Sonntag Dösch Jugend gegen H.S.E. 10 komb. 1. und 2. Jugend.

Auf Sportplatz Haderau fanden sich die 2. Jugend der Sp. Vereinigung Niels-Gröba und Haderau Jugend im Gesellschaftsspiel gegenüber.

## Aus der Welt der Technik.

Ein neuer Fortschritt der drahtlosen Telegraphie. Der dänische Erfinder Hahbed hat sich in einem Interview über die Fortschritte der Elektrotechnik geäußert, die von ihm in einer sechsjährigen Zusammenarbeit mit Johnson erreicht worden sind.

Die längste Klappbrücke. Die längste bisher gebaute Klappbrücke, die eine Spannweite von 80 Meter besitzt, ist nach einer Mitteilung des „Prometheus“ im vergangenen Jahre zur Überführung von zwei Eisenbahngleisen über den Chicago River errichtet worden.

Das Kreuz im Baum. Eine Naturmerkwürdigkeit, wie sie nur ganz selten angetroffen wird, findet sich, nach „Heber Band und Meer“ (Stuttgart, Deutsche Verlagshandlung), auf dem alten Friedhof in Dord (Württemberg).

beis, vielmehr wenn auch nur zu einem Teil dem Staat bezogen, einer Kulturfrage zur Unterabteilung notwendiger Arbeiter ausfallen sollte. Der Kultusminister zeigte großes Interesse für eine derartige Neuregelung des Urheberrechts.

Der Leipziger Universitäts-Richtschon bringt in seinem Konzert am 21. September in der Johanneskirche neue deutsche Klaviermusik zur Aufführung. Es kommen Chöre, Gesangs-, Violin- und Orgelwerke von Komponisten der Gegenwart zur Aufführung.

Die Bedeutung der Wänselkreuze für die Auffindung von Bodenschätzen untersucht Dr. H. Andron in der „Wänselkreuz- und Kristall-Zeitung“. Demnach nützt die Wänselkreuz vor allem dem Braunkohlenbergbau durch Angabe der Ausgehenden der Flöze.

und gleichmäßigen Untergrunds für Schaftstufen, Anlage von Talperrren kann die „negative Wertbarkeit“ der Wänselkreuz dienbar gemacht werden.

Der Reichstag der Klaviervirtuosen. Das hohe Ziel, um das so mancher Klaviervirtuose seinen Schwelz verossen und einer sogar, wie kürzlich gemeldet, seinen Verband verloren hat, ist nunmehr erreicht worden.

Das Kreuz im Baum. Eine Naturmerkwürdigkeit, wie sie nur ganz selten angetroffen wird, findet sich, nach „Heber Band und Meer“ (Stuttgart, Deutsche Verlagshandlung), auf dem alten Friedhof in Dord (Württemberg).



Morgen Mittwoch, den 22., bleibt mein Geschäft geschlossen. Albert Troplowitz Nachf.

### Geschäftsveränderung!

Meiner verehrten Kundschaft von Stadt u. Land zur gef. Kenntnis, daß sich meine Herren- u. Damenschneiderei jetzt  
**Riesa, Bismarckstr. 35a**  
an der Bismarck- und Pauscher Straße, befindet.  
Hochachtend **Richard Clausz.**

Für alle bisherigen Aufträge herzlich dankend, bitte ich, mich auch ferner unterstützen zu wollen.

Einem geehrten Publikum von Wälsch u. Umgebung zur gef. Kenntnis, daß ich von der Amtshauptmannschaft Großenhain zur

### Fleischverteilung

zugelassen bin und bitte die neu zur Ausgabe gelangenden Kontrollmarken zwecks Eintragung in die Kundenliste bei mir abzugeben.  
Hochachtungsvoll  
**Kurt Domniksch.**

Wir geben hierdurch bekannt, daß wir unsere  
**Kassenstelle in Behren**  
nunmehr schließen und bitten unsere geehrte Kundschaft, sich in Zukunft nach unserer Hauptkasse  
**in Weizen, Dresdnerstr. 1**  
(am Bahnhofs)

zu bemühen.  
Weizen, am 20. September 1920.  
**Ländlicher Vorschuss-Verein zu Kröglis Wälsch.**

### Gasthof Mergendorf.

Mittwoch, den 22. September  
**feiner öffentlicher Damenball**  
— Anfang 7 Uhr. —  
Dazu ladet freundlich ein **Paul Röber.**

### Gasthof Reussen.

Mittwoch, den 22. September  
**Ballmusik.**  
— Anfang 7 Uhr. —

### Weisskraut

kauf zum Einschneiden in Ladungen und erbittet Angebot  
**Heinrich Oskar Clausz Nachf.**  
**Georg Schreiber**  
Sommachstr. 1. S., Fernruf 179 — Sauerkrautfabrik.

**Tafel-Margarine, Rinder- und Kokosfett**  
bester Qualität aus ersten Werken zu den billigsten Tagespreisen liefert  
**Dresdner Milchversorgungs-Anstalt**  
e. V. m. b. H., Dresden A. 27, Bürgersburgerstr. 9.

### Brikett-Ausgabe

für Riessa-Land  
Mittwoch und Donnerstag von früh 7 bis 7 1/2 Uhr nachm.  
alle Rückstände bis einschl. September.  
**Oscar Santusch.**

### Tischlermeister,

Hausbesitzer mit klarem Geschäft, Witwer mit 3 gut-erzogenen Kindern, sucht auf diesem Wege für seine Kinder eine gute Mutter und für sich liebevolle und treue Lebensgefährtin. Mädchen oder junge Witwen mit mindestens 10000 M. Vermögen wollen vertrauensvoll unter R. N. 105 hauptpostlagernd Riessa schreiben. Anonym zwecklos.

Wir suchen zum sofort. Antritt Herrn aus besseren Kreisen zur  
**Übernahme einer Generalagentur**  
für Bezirk Riessa, für Kranken- u. Sterbefälle, Lebens- u. alle anderen Versicherungen. Es kommen nur Herren in Frage, denen an Gründung einer dauernden sich. Position liegt. Es wollen sich auch nur Herren melden, die wirklich Interesse haben, organisationsbefähigt sind und diesen Posten repräsentieren können.  
Bewerbungen an  
**Bezirksamts-Anstalt, Bez.-Dir. Dresden**  
— Wönnischplatz 1. —

Die  
**Tageblatt-Druckerei**  
Riesa, Goethestraße 59  
fertigt schnellstens alle Arten  
**Drucksachen für Geschäfts- und Privatbedarf.**  
Reichhaltiges Papierlager. Eigene Buchbinder.

### Vereinsnachrichten

Spielvereinigung. Mittwoch 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung in der „Guten Quelle“. Erscheinen aller Vorstandsmitglieder und 1., 2. und 1. Jugendmannschaft erwünscht.

### Bezirks-Konsum- und Sparverein

Riesa.  
Mittwoch, den 22. September, abends 7 1/2 Uhr im Volksbause zu Riessa  
**Mitgliederversammlung.**

Tagesordnung:  
1. Die Genossenschaften und die Kapitalfrage.  
2. Aussprache.  
Unsere verehrten Mitglieder und deren Frauen laden wir hieran ein.  
Der Vorstand.

### Militärverein „Jäger und Schützen“.

Bur Beerdigung unseres verstorbenen Kameraden, Sparfassen-Rendant **Max Reichbach**, stellt der Verein morgen Mittwoch mittags 1 1/2 Uhr im Vereinslokal. Der Vorstand.

### Schmelzverein „Frühau“ Riessa u. Umg.

hält am Mittwoch, d. 22. d. S., im Hotel zum Stern sein  
**12. Stiftungsfest**  
ab. Alle lieben Kollegen und wertere Damen sind hieran herzlich eingeladen, sowie Angehörige herzlich willkommen. Mitglieder werden gebeten, ein Geschenk mitzubringen.  
Anfang 7 Uhr. Der Gesamtvorstand.

### Konditorei und Café Grube

Kaiser-Wilhelm-Platz 2, Fernruf 549.  
Morgen Mittwoch, den 22. 9.  
**Künstler-Konzert**  
— Anfang 7 Uhr. —  
Es ladet dazu ergeben ein **Otto Grube.**

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken hierdurch herzlich.  
Vobergen, 21. September 1920.  
**Arno Deuschmann u. Frau**  
Elsa geb. Claus, nebst Eltern.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir zugleich im Namen der Eltern  
**herzlichsten Dank.**  
Neu-Weida u. Riessa, 20. Sept. 1920.  
**Kurt Zurich u. Frau Frieda geb. Lausche.**

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeit, Glückwünsche und Geschenke danken hierdurch herzlich zugleich im Namen unserer Eltern.  
Riessa, September 1920.  
**Arthur Handreck und Frau Lina geb. Thiele.**

Für die uns anlässlich unserer Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeit danken herzlichst.  
Riessa, im September 1920.  
**Annetta Knabe**  
**Walter Weiskopf.**

Für die uns anlässlich unserer Verlobung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir zugleich im Namen unserer Eltern  
**herzlichsten Dank.**  
Röderau, 19. Sept. 1920.  
**Marie Lippmann, Richard Große.**

Statt Karten.  
**Richard Schönfeld**  
**Helene Schönfeld geb. Schönfeld**  
geben sich die Ehre Ihre Vermählung anzukündigen.  
Weida d. Riessa  
Leipziger-Neubau, Untere Münster Str. 2, II.  
21. September 1920.

**Curt Weber**  
**Elsa Weber geb. Rehsfeld**  
Vermählte  
Göppersdorf-Gröba, September 1920.

**Erich Eimann**  
**Elise Eimann geb. Thalheim**  
Vermählte  
Ratzenow, 20. September 1920.

### Der Briefträger kommt jetzt

zu den Postbesitzern des Riessaer Tagesblattes 23 und wird für das 4. Vierteljahr 1920 das Bezugsgehalt einbehalten. — Wir bitten unsere geehrten Postbesitzer, die Erneuerung nicht zu versäumen, andernfalls dadurch die Zustellung unterbrochen wird und deshalb Reklamationen notwendig werden.  
Verlag des Riessaer Tagesblattes  
Riesa, Goethestr. 59.

### Martin Schniebs Standig.

Herren-Sportmähen von 8.00 an  
Herren-Niederwürgen von 11.00 an  
Kind-Matrosenmähen von 5.00 an  
Pa. Herren-Stoffhosen 115.00 u. billiger  
Pa. Herren-Taschentücher von 4.50 an  
Pa. Sticker-Unterwäsche von 40.00 an  
Pa. Wäsche, Zwirn 200 m von 1.70 an  
50 cm Seidentasche Meter 15.00 usw.  
Pa. Bettzeug Meter von 20.00 an  
Pa. Kleiderstoffe Wäschtücher  
Braubschleier, 150x200 von 52.75 an  
Wäschtücher von 5.80 an  
Wollene Schürzen.

**Hausmann**  
für Villenrandstück gesucht  
entw. mit Kost sofort von ja. Herrn gesucht. Angeb. unt. J N 5750 an das Tabl. Riessa.

**Verleiher** f. m. unger. Christbaumst. u. m. d. gesucht.  
Oskar Bankwitz, Stollberg, Erzgr.

**Hausgrundstück**  
Strehla, Markt 209, erbtteilungs halber zu verkaufen; ebenso Geldschrank.  
Gebote an  
**Curt Curia, Strehla.**

**Ein Kuckuck**  
zum Anbinden und 1 großer  
Zughund zu verkaufen  
Riessa Nr. 30.

**Ca. 40 m gute Leinwand**  
zu kaufen gesucht.  
Rüsterangebot m. Breite u. K N 5760 an das Tabl. Riessa.

**Ein fast neuer Militär-Einheitsmante**  
zu verkaufen. Zu erfragen im Tagesblatt Riessa.

**1 Winterüberzieher, geb., 1 selbstaner Hoch, neu, auf 450 M., zu verkaufen Gröba, Rauchhammer Str. 15, 1. L.**  
Zu verkaufen (nach 8 Uhr abds.)  
**neuer Bilanzang (Militärstoff), Gr. 1.65 m, neue Infanteriekleid, Gr. 28.6, sehr guterhaltene Damenkleid.**  
Zu erfr. im Tagesblatt Riessa.

**Ein Gehrock (mittl. Größe), 1 langes schwarzes Tuchjackett, 1 Krümmerröcken, 1 Paar schwarze Damen-Schürzen, 1 Paar braun. Damen-Schürzen u. 15. verkaufen**  
Zeitbain Nr. 15.

**1 Paar Langhiesel und 1 Gasplatte zu verkaufen.**  
Zu erfr. im Tagesbl. Riessa.

**Guterhaltener weißer Kinderwagen**  
zu verkaufen. Zu erfragen im Tagesblatt Riessa.

**Ein Kinderwagen und Sportwagen zu verk.**  
Zu erfr. im Tagesblatt Riessa.

**Guterhaltener Sofa**  
zu kaufen gesucht.  
Angebote mit Preis unter L N 5761 an das Tabl. Riessa.

**Dipl.-Schreibtisch mit Sessel**  
(echt Eiche) zu verkaufen.  
Zu erfr. im Tagesblatt Riessa.

**Eine fast neue Konzertgitarre**  
mit Noten zu verkaufen.  
Zu erfr. im Tagesblatt Riessa.

### Wir kaufen

Alteisen, Altmetalle, geb. und defekte Maschinen aller Art zu höchsten Preisen.  
**Kloßing, Matula & Co. Riessa**  
Bahnhofstraße 19.  
Fernsprecher 427.

### Die Zeitungs-Annonce

übertrifft an Schnelligkeit alle übrigen Anzeigen.  
— —

### kaufen

**Sandt & Sohn**  
Oshak, Telefon 227.

### Feldbahn mit Wagen

Weiche und Drehscheibe zu kaufen gesucht. Offerten unter L F 7100 bef. Rudolf Wölfe, Leipzig.  
Bei Rheumatisimus, Gicht, Gliederreihen, Steifheit der Gelenke, Gliederlähmung gebrauche man Dr. Seifels Rosenhengelel als Einreibung- u. Massagemittel. Seit altersehr angewandt. Fl. 7.50.  
Fabrikant und Vertrieb  
**Wotheler Dr. Seifel, Erfurt.**  
Zu haben in Gröba a. E. in der Anter-Apothek.

### Damen- und Herren-

Hüte in Filz, Velour usw. werden nach neuesten Formen  
**direkt in der Fabrik**  
umgepreßt, gereinigt und gefärbt. — Erhältliche Ausfühung. — Billigste Preise.  
**Stroh- u. Filz-Hutfabrik Pflug & Kaiser, Wettinerstr. 21.**

### Hausflächter

empfiehlt sich für die hiesige Umgebung bei guter reeller Bedienung.  
**Emil Jähnichen,**  
Kriegsinvalid, Markt 27.

### Zitronen

große frische Ware  
empfiehlt billig  
**H. Grubbe,**  
Bismarckstr. 35, Telef. 652.

### Birnen, Bid. 40 Big.

verkauft **Goethestr. 33.**  
Morgen Mittwoch früh  
**frisch. Schellfisch.**  
**Otto Jiguer, Röderau.**

### Bücklinge

täglich frische Sendungen  
empfiehlt kistenweise  
**H. Grubbe,**  
Bismarckstr. 35a, Telef. 652.

Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten.



## Die Ursachen der Wohnungsnot und die Schwierigkeiten ihrer Bekämpfung.

Der Leiter der Abteilung für Wohnungs- und Stadtbau im Reichsarbeitsministerium, Geh. Regierungsrat Dr. jur. G. Laß, machte einem Vertreter von Volks-Telegraphischen Büro gegenüber, nach den Ursachen der großen Wohnungsnot befragt, eine nachstehende Ausführungen:

Die Wohnungsnot ist in der Hauptsache auf folgende Umstände zurückzuführen:

1. hat die Zahl der Haushaltungen nach dem Kriege ganz erheblich zugenommen, die durch die Umsiedlungen während und nach der Kriegszeit erforderlich geworden sind.

2. ist eine Unzahl von Flüchtlingen aus den bisher besetzten oder besetzten Gebieten in unserm Reich verstreut, die in das deutsche Reich verstreut sind.

3. ist auch festzustellen eine recht erhebliche Vermehrung des Raumbedürfnisses der einzelnen Bevölkerungsklassen und namentlich der Arbeiter- und Angestelltenklassen, bei denen die Miete im Verhältnis zu dem Gesamtlebensaufwand nicht mehr die Rolle spielt wie vor dem Kriege. Früher wurde für die Miete  $\frac{1}{4}$  bis  $\frac{1}{2}$  der Einnahmen aufgewendet, heute  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{3}{4}$ .

4. stieg die Bautätigkeit seit dem zweiten Kriegsjahr und hörte im dritten Kriegsjahr ganz auf, so daß wir mit den Wohnungsbauten von fünf Jahren im Rückstande sind.

Auf die Frage „Was kann geschehen zur Behebung der Wohnungsnot?“ erwiderte Geheimrat Laß etwa folgendes:

Wenn man an die Lösung der Frage der Wohnungsnot denkt, so muß man sich vergegenwärtigen, welche Mittel dazu erforderlich sind. Im allgemeinen besteht im deutschen Volk gar keine Vorstellung von den Notwendigkeiten, um die es sich handeln muß, wenn der Wohnungsnot nachdrücklich entgegengetreten werden soll.

Man vergegenwärtige sich z. B., daß vor dem Kriege jährlich 200 000 Wohnungen zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses gebaut werden mußten. Rechnet man nun die Gebiete ab, die wir durch den Krieg verloren haben, so wird man nicht fehlgehen, wenn man bei gleicher Vermehrung der Haushaltungen das Wohnungsbedürfnis heute auf 150 000 Wohnungen jährlich einschätzt. Eine Wohnung von drei bis vier Räumen, die vor dem Kriege etwa 6- bis 7000 Mark an Baukosten verursachte, ist heute nicht unter 70- bis 80 000 Mark herzustellen, ja in einzelnen Gegenden werden sogar bis 100 000 Mark notwendig sein.

Wenn man nun 150 000 Wohnungen im Durchschnitt mit 80 000 Mark für die Wohnung berechnet, so würden etwa 12 Milliarden jährlich an Baukosten aufzubringen sein.

Dies wären allerdings 12 Milliarden, während durch die Mieten aufgebracht werden können, während der Rest aus öffentlichen Mitteln hergegeben werden müßte. Das ist aber bei der Finanzlage des Reiches völlig ausgeschlossen, ist etwa 10 bis 11 Milliarden — und diese Summe würde sich bei regerer Bautätigkeit infolge Anstieges der Preise noch weiter erhöhen — heraufzusetzen, ist ohne weiteres jedem klar. Es kann sich daher einzig und allein nur darum handeln, von Reich wegen das Notwendigste zu tun, d. h. es muß da eingegriffen werden, wo gleichzeitig mit der Behebung der Wohnungsnot eine Herabsetzung unserer Produktivität erreicht werden kann, das ist einmal der Fall bei der Herstellung von Wohnungen für die Vergardeten, da hierdurch eine Vermehrung der Beschäftigten ermöglicht und die Wohlfahrt gefördert werden wird, zum anderen beim Bau von Landarbeiterwohnungen, die dem Grundeigentümer eine Heranziehung von weiteren Arbeitkräften und damit eine intensivere Wirtschaft gestatten.

Es ist auch zu berücksichtigen, daß die Zukunft der großen Städte doch im allgemeinen recht ungewiß ist. Eine Reihe von Industrien wird überhaupt nicht oder nur sehr schwer in Gang gebracht werden können. Die Folge davon wird Arbeitslosigkeit und Abwanderung aus den Orten sein, in denen die Arbeiter anfänglich waren. Hier wird dann die Wohnungsnot von selbst behoben werden.

Jedenfalls muß man in den Städten zunächst mit der Beschaffung von Wohnungen und der Zubereitung für die Wohnungsglücklichen als nächstes Mittel rechnen. Für die Vergleiche ist ja gezeigt, daß durch die Abgabe eines bestimmten Satzes von jeder geordneten Zone Kohlen ein Fonds geschaffen wird, der 600 bis 700 Millionen Mark jährlich alle in nur das Ruhrkohlengebiet beträgt. Dort ist also im großen und ganzen die Geldfrage gelöst. Zu überlegen wäre dabei, ob mit Rücksicht auf eine schnellere Bautätigkeit Mittel, die erst in späteren Jahren eintreffen, vorübergehend schon jetzt herangezogen werden sollen. Anders steht es mit der Beschaffung von Wohnungen für ländliche Arbeiter.

Hier ist bisher Geld nur im Rahmen der Behebung der allgemeinen Wohnungsnot bereitgestellt worden. So sind 1918 und 1919 an verlorenen Baukosten-Zuschüssen 850 Millionen vom Reich hergegeben und jetzt ein weiterer Betrag von 275 Millionen nachgeschickt worden. Dazu kommt die gleiche Summe von Gemeinden und Ländern, so daß fast 2 1/2 Milliarden allein in diesen beiden Jahren für Wohnungsbauten aufgewendet worden sind. 1920 hat das Reich bisher schon einen Betrag von 500 Millionen zur Verfügung gestellt in Form von bebauten Reichsbauzwecken, und dabei ist auf die ländliche Siedlung neuerdings insofern Rücksicht genommen worden, als bei Bauten auf dem flachen Lande von dem sonst erforderlichen Zuschuß der Gemeinden abgesehen werden kann. Es wird sich darum handeln, für spätere Zeiten diese Gesichtspunkte weiter zu verfolgen und das System der Unterbringung von Landarbeitern weiter auszubauen. Hand in Hand mit der Bereitstellung der Mittel muß eine Aktion gehen, die auf Herabsetzung der hohen Baukosten gerichtet ist. Dies kann einmal eingeleitet werden bei der Beschaffung und Bereitstellung der Materialien und bei der Herabsetzung der Arbeitsleistung. Es wird sich darum handeln, die Baukosten unmittelbar an der Herabsetzung zu erfassen und sie unter freiwilliger Mitarbeit der Organisationen des Handels unter Vermedung sämtlicher unnötigen Zwischenkosten möglichst auf dem kürzesten Wege dem Bauherrn zuzuführen. Hierbei kann überlegt werden, ob nicht gewisse Industrien durch Zulassung der Erhöhung ihrer Preise für den Auslands- oder sonstigen Absatz zu einer Herabsetzung der von ihnen für das Inland geleisteten Baukosten angehalten werden können. Man wird dabei einen gewissen Druck ausüben, da man ja die Befreiung der Kohlen in der Hand hat. Es wird ferner darauf abgesehen sein, daß das Bauprogramm in Einklang mit der Produktion von Baustoffen und den verfügbaren Ar-

## Der rachsüchtige Poincaré.

Frankreich besteht auf seinem Entzügen.

in Paris, 21. September.

In einem Leitartikel äußert Poincaré seine Freude darüber, daß die Konferenz von Genf nicht zustande gekommen sei, und daß Frankreich nicht nach Genf gehen werde. Es heißt u. a.: Die Vernunft hat schließlich Recht behalten. Die Deutschen müssen den Gedanken aufgeben, daß wir schließlich etwas von unserem Entzügen nachlassen würden. Besser wäre es freilich gewesen, wenn man sie nicht zu dem Rendezvous in Spa geladen hätte, wodurch erst diese Mission entstehen konnte. In seiner gebärdigen Weise sucht Poincaré dann nachzuweisen, daß Deutschland bezahlen könne. Die Frage, wie groß seine Leistungsfähigkeit augenblicklich sei, habe damit absolut nichts zu tun. Gegenwärtig zahle der französische Steuerzahler zweimal mehr, wie der deutsche, obwohl der Versailler Vertrag vorschreibt, daß die beiden ungefähr gleich große Lasten tragen müssen.

### Die Genfer Konferenz.

Graf Sforza erklärte gestern im italienischen Kammerauschuß für Neuchâtel, die Genfer Konferenz sei nicht abgehalten worden. Sie finde vielmehr statt.

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund von Italien offiziell beantragt. Telegramme des „Secolo“ und des „Corriere della Sera“ aus Rom bestätigen heute, daß Italien den offiziellen Antrag an den Völkerbund gestellt hat, die Bedingungen für den Eintritt Deutschlands und Österreichs in den Völkerbund festzusetzen und den beiden Staaten beizubehalten.

### Rumänisch-französische Verbindung.

In Grenoble fand vorertern eine rumänisch-französische Verbindungsfeierlichkeit statt, der Graf Jonescu und der französische Unterrichtsminister Sonorat beiwohnten. Sonorat hielt dabei eine Rede, in der er u. a. sagte: Wir haben keinen Haß im Herzen und wir wollen die Besiegten nicht vernichten; wir wollen sie erziehen. Wir haben die Hoffnung, daß unsere besiegten Feinde nachdenken und beabsichtigen werden, daß ihr Sieg das schlimmste Unglück für sie gewesen wäre.

### Herrn Hofheldt nicht abberufen.

Die Rettungsmaßnahmen von einer Abberufung des Herrn Hofheldt von seinem ober-schlesischen Posten entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. In einer Abberufung liegt, wie wir erfahren, nicht der mindeste Anlaß vor, vielmehr sei zu wünschen, daß uns diese bewährte Kraft auch weiterhin erhalten bleibt.

### Abberufung des Generals Berond.

Die Pariser Blätter melden, ist die Abberufung des Generals Berond aus Oberschlesien als endgültig zu betrachten. Lloyd George habe die Absicht, die kritische Angelegenheit der Postkonferenz zur Entscheidung vorzutragen. Außerdem werde wahrscheinlich eine genaue Untersuchung über die Vorgänge, die zu den französisch-englischen Zwischenfällen Veranlassung gaben, eingeleitet werden. Der „Deure“ betrachtet diesen Ausgang der Angelegenheit als einen Erfolg der deutschen Regierung in der ober-schlesischen Frage.

### Wiskerands Kandidatur sicher.

Die Agence Havas meldet: Wiskerand hat, dem Wunsch der Nation nachgebend, sich entschlossen, die Kandidatur für die Präsidentschaft anzunehmen.

Der „Matin“ meldet: Der Zustand Deschanel's hat sich berart verschlimmert, daß der Patient unter ständige Bewachung gestellt werden muß. Jede geistige Anstrengung oder politische Betätigung ist dem Präsidenten streng untersagt worden. Präsident Deschanel wird noch diese Woche an dauerndem Aufenthalt auf ein Landgut in Südfrankreich überföhren.

### Die Besprechungen Giolittis mit den Vertretern der Industriellen und Arbeiter.

Ueber die Besprechungen in Rom ist bereits gestern kurz berichtet worden. In der ausführlicheren Meldung heißt es: Im Ministerium des Innern in Rom hatte Giolitti eine Besprechung mit den Vertretern der Industriellen und der Arbeiter unter Teilnahme der Präfekten von Mailand und Turin. Giolitti betonte in seiner einleitenden Rede, daß der Geist der Mäßigung notwendig sei, um die schwere Krise zu lösen. Alle in Frage kommenden Punkte werden

### Die Krise im Reichsfinanzministerium beigelegt.

Wie aus Berlin gemeldet wird, will der Reichsfinanzminister Dr. Wirth von seinem Vorhaben, sein Amt niederzulegen, Abstand nehmen, nachdem es gelungen ist, die Differenzen zwischen dem Reichsfinanzministerium einerseits und dem Reichspost- und Reichsverkehrministerium andererseits in der Besoldungsfrage beigelegen. Die endgültige Entscheidung wird allerdings erst in der bevorstehenden Sitzung des Reichskabinetts fallen. Der Reichspräsident wurde gestern nach Beendigung seines Urlands in Berlin zurückgekehrt.

Ueber die Differenzen zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Postminister wird ferner noch aus Berlin gemeldet: Aus Presseäußerungen ist zu entnehmen, daß sich vielfach die Auffassung festgesetzt hat, die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Reichspostminister über die Einkünfte der Beamten in der Besoldungsordnung seien durch neue, ihrem ganzen Aufbau zureichende Forderungen der Postbeamten hervorgerufen worden. Dies trifft nicht zu. Es handelt sich vielmehr lediglich um Forderungen, die sich aus der Höherstellung der Landes- und der Finanzbeamten ergeben und vom Reichspostministerium im Einklang mit dem Beamtenvertrag schon vor Monaten erhoben worden sind. Ueber diese Forderungen schwebt zurzeit neue Verhandlungen, die hoffentlich ein beide Teile befriedigendes Ergebnis haben werden.

### Keine Rücktrittsabsichten Dr. Feingers.

Die gestern von einem Berliner Mittagsblatt verbreitete Nachricht, der Justizminister und Reichsanwalt Dr. Feingers sei zum Gesandten in Bukarest ernannt worden, werde aus dem Reichskabinetts entschieden und in der Reichsanwaltschaft durch den letzten Reichsanwaltschaftsminister Dr. Scholz erlegt werden, entspricht, wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, nicht den Tatsachen. Dr. Feingers befindet sich zurzeit auf Urlaub. In dem ihm nachstehenden Kreise ist von dem obigen Gerücht nichts bekannt. Für den Posten des Gesandten in Bukarest ist übrigens eine andere Persönlichkeit, der ehemalige Direktor der Reichsanwaltschaft im Auswärtigen Amt, in Aussicht genommen.

### Konflikt im Wahlkreis des Berliner Stadtparlaments.

in Berlin, 21. September.

Bei der gestern fortgesetzten Beratung der Stadtratswahlen im Wahlkreis des Berliner Stadtparlaments verließen die sämtlichen bürgerlichen Mitglieder die Sitzung und beschloßen, nicht weiter an den Beratungen des Ausschusses teilzunehmen. Der Grund war, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien die bürgerlichen Mitglieder auf Wahl bezogener Stadträte und weiterhin auf Verhältniswahl ablehnten.

### Reue Streiks in Berlin.

Leut „Voss. Jta.“ wurde der Direktor der Großen Berliner Straßenbahn gestern mitgeteilt, daß die Vertreter der Anwohner und Arbeiter einstimmig beschloßen, am Mittwoch in einen einseitigen Proteststreik gegen die Wahl des Prof. Giese zum Verkehrsminister zu treten.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Großberlin der S.P.D. warnt im „Vorwärts“ die Arbeiter davor, an einer für heute vormittag angeordneten kommunistischen Kundgebung.

Wie die „Reue Fahne“ mitteilt, hat die kommunistische Partei (Spartakusbund) ihren Namen entsprechend dem Moskauer Ufa in Kommunistische Partei Deutschland, Sektion der 3. Kommunistischen Internationale, umgeändert.

erörtert. Bezüglich der von den Industriellen für notwendige erachteten Arbeiterentlassungen schlug Giolitti eine verhältnismäßige Formulierung vor, worauf die Vertreter der Arbeiter und der Industriellen getrennt berieten. Nach Wiederaufnahme der gemeinsamen Besprechung erklärten die Industriellen, die Formulierung Giolittis nicht annehmen zu können, aber sie müßten sie wohl über sich ergehen lassen. Giolitti erklärte, daß er die Verantwortung übernehme. Nach Schluß der Sitzung wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: Da die gewerkschaftlichen Verbände eine Kontrolle der Betriebe zum Zweck der Steigerung der Produktion und der Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens für notwendig erachteten und sich der Einführung der Kontrolle nicht widersetzen, wird ein paritätischer Ausschuss gebildet, der Vorschläge unterbreiten soll für ein von der Regierung ausgearbeitetes Gesetz. Die industriellen Organisationen sollen auf der Grundlage der Beteiligung der Arbeiter bei der technischen und finanziellen Kontrolle, sowie in den Verwaltungen der industriellen Unternehmungen aufgebaut werden. Diese Vorschläge sollen sich auch erstrecken auf die Einstellung und Entlassung der Arbeiter. Die Arbeiter werden die Arbeit wieder aufnehmen. Aber wenn ein Zusammenarbeiten im gleichen Betrieb oder in derselben Betriebsabteilung zwischen Arbeitern und ihren Vorgesetzten untragbar wird, wird ein Ausschuss von je zwei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die nötigen Maßnahmen treffen.

Estefani meldet ferner aus Rom: Nach der Besprechung im Ministerium des Innern setzten die Industriellen und die Arbeiter ein Verhandlungsprotokoll auf, das betont, daß die Arbeiter rückwärtige Kraft der Vereinbarungen vom 1. Juli ab und Bezahlung der Tage der Arbeitsverweigerung und des ihnen erwachsenen Schadens fordern, die Industriellen aber diese Forderungen ablehnen, daß ferner beide Teile den Beginn der Geltung des neuen Tarifs auf den 15. Juli festsetzen und jede Bezahlung für die Tage der Besetzung der Fabriken durch die Arbeiter ausschließen. Das Protokoll bezeugt den Industriellen, daß sie Giolittis Formel über die Entlassung von Arbeitern als ihnen gemachte behördliche Vorrichtung hinnehmen. „Messagero“ hört, daß der allgemeine Arbeiterverband die Arbeiter angewiesen habe, die besetzten Fabriken zu räumen und die Arbeit wieder aufzunehmen; der Arbeiterverband versichert, daß die Ordnung gewahrt bleiben werde.

### Polnische Erfolge im Süden.

Nach in Warschau empfangenen Nachrichten von der Südküste ist es den polnischen Streitkräften gelungen, die Bolschewisten über die Strypa zurückzudrängen. Bolschewistische Angriffe auf Kobryn konnten zurückgewiesen werden.



